

*Kurt Gossweiler*

## **ERNST THÄLMANN 1927/28 - ZUR SOGENANTEN WITTORF-AFFÄRE**

Wie das Referat über den Hamburger Aufstand schon gezeigt hat, war es ein sehr schwieriger Weg für die junge Kommunistische Partei Deutschlands, zu einer innerlich gefestigten kommunistischen Partei zu werden. Einmal deshalb, weil in ihr verschiedene Richtungen der alten Bebel'schen Sozialdemokratischen Partei zusammenflossen, zum anderen, weil in ihrer Führung verschiedene Generationen vertreten waren mit sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen, wie die Generation von Clara Zetkin - geboren 1857 -, die schon die Kämpfe gegen das Sozialistengesetz miterlebt und mitgeführt hatten, und die Generation Ernst Thälmanns - geboren 1886 - und Walter Ulbrichts - geboren 1893 - deren früheste politische Aktivitäten in die Anfänge des 20. Jahrhunderts, in die Vorkriegs- und die Kriegsjahre fielen, und deren eindringlichste politische Erfahrungen geprägt waren einerseits vom Verrat der Sozialdemokratie von 1914, und zum anderen vom Kampf und Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution. Und schließlich auch, weil die rasch wechselnde politische Situation in der revolutionären Nachkriegskrise die Partei vor immer wieder neue Aufgaben stellte, für deren Lösung keine Erfahrungen vorlagen.

Die Empörung der Mitglieder der KPD über das opportunistische Verhalten der Brandler-Thalheimer-Führung im Oktober 1923 in der sächsischen Arbeiter-Regierung stärkte zum einen die proletarischen leninistischen Kräfte um Ernst Thälmann in der Parteiführung, brachte aber andererseits radikalisierte kleinbürgerliche Intellektuelle wie Ruth Fischer und Arkadi Maslow, Iwan Katz und Werner Scholem an die Spitze der Partei, die bis zum 10. Parteitag (12.- 17. Juli 1925) die Politik der KPD maßgeblich bestimmten und ihr einen ultralinken, gewerkschaftsfeindlichen und die von der Kommunistischen Internationale und den Parteitag der KPD beschlossene Einheitsfrontpolitik sabotierenden Kurs aufzwangen, der die Partei immer stärker von den Massen isolierte und in die Krise führte.

Ernst Thälmann und seine Mitstreiter führten einen hartnäckigen Kampf gegen diesen Kurs. Auf dem 10. Parteitag der KPD griff er massiv die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Ultralinken an und bezeichnete die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften als „die wichtigste politische Frage“ und die Gewerkschaftsfrage „zum Knotenpunkt aller politischen Probleme“ in der gegebenen Situation.. (Zu diesem ganzen Komplex s. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 80 –84). Obwohl der 10. Parteitag im Kampf gegen die Ultralinken einen Fortschritt brachte, gelang es noch nicht, sie aus der Führung zu verdrängen.

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus erforderte aber immer dringender einen Zusammenschluß der Arbeiter und aller demokratischen Kräfte, wobei der KPD eine führende Rolle zukam, die sie aber mit den Ultralinken an der Spitze nicht spielen konnte. Da auf dem 10. Parteitag die eigenen Kräfte in der KPD nicht ausgereicht hatten, den vollen Durchbruch zu einer leninistischen Führung und Politik zu erreichen, ergriff das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) die Initiative zu einer Beratung mit einer Delegation des ZK der KPD. An dieser Beratung - sie fand vom 12.-14. August 1925 in Moskau statt -, nahmen von Seiten des EKKI 16 Vertreter von 12 Bruderparteien teil, darunter Georgi Dimitroff, Vasil Kolaroff, (beide Bulgarische KP), O.W. Kuusinen (KP Finnlands), D.S. Manuilski (KPdSU). Als deutsche Teilnehmer der Beratung hatten das Abschlussdokument - den bedeutsamen "Offenen Brief des EKKI an alle Organisationen und Mitglieder der KPD“ un-

terzeichnet: Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Heinz Neumann, John Schehr, Ernst Schneller, und andere, darunter auch Ruth Fischer.

Im Offenen Brief, - veröffentlicht am 1. September 1925 in der „Roten Fahne“ - wurde die antileninistische Politik der Ruth-Fischer-Maslow- Führung - die Ablehnung der Einheitsfrontpolitik, die Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit, die Verletzung der innerparteilichen Demokratie, die Versuche, die KPD auf nationalistische Bahnen zu zerren - benannt, und ebenso die dringenden Aufgaben der Gegenwart - vor allem die Herstellung der Einheitsfront und eines engen Vertrauensverhältnisses zu den sozialdemokratischen Arbeitern. (S. Anlage 1).

Am 20. August 1925 stimmte das Zentralkomitee der KPD dem Inhalt des „Offenen Briefes“ zu. Ruth Fischer und Arkadi Maslow wurden aus ihren führenden Positionen entfernt, Ernst Thälmann übernahm gemeinsam mit Philipp Dengel die Leitung der KPD. Damit hatte die KPD eine fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehende proletarische Führung erhalten, die sich sofort daran machte, die gestörte Verbindung der Partei zur Arbeiterklasse zu festigen und eine breite Front gegen die reaktionäre Politik der herrschenden Klasse zu entwickeln.

Schon im November 1925 gab sie den Anstoß zu der großen demokratischen Bewegung zur Enteignung der Fürsten, der sich auch die SPD anschloß, und die im März 1926 zu einem entsprechenden Volksbegehren mit 12,5 Millionen und am 20. Juni 1926 zu dem Volksentscheid von 14,45 Millionen führte, die für die Enteignung der Fürsten stimmten. Das waren 4 Millionen Stimmen mehr, als bei den letzten Reichstagswahlen KPD und SPD zusammen erhalten hatten! Das waren 36 Prozent aller Wahlberechtigten. Da aber für einen Sieg des Volksentscheids über 50 Prozent der Stimmen nötig gewesen wären, kam es doch statt zur Fürstenteignung zur Fürstenentschädigung, von der nach dem Sieg der Konterrevolution von 1989 sogar noch im 21. Jahrhundert die in das Gebiet der DDR zurückgekehrten Fürstenabkömmlinge profitieren.

Weitere Schritte der Partei unter Thälmanns Führung auf dem Wege zu einer fest in der Arbeiterklasse verankerten Partei, die sich immer aktiver für die Interessen aller Werktätigen einsetzte, waren

- der Reichskongress der Werktätigen, der am 3. Mai 1926 in Berlin stattfand;
- die Gründung des Reichsbauernbundes am 25. Februar 1927 (als Nachfolger des bis dahin bestehenden Reichsbundes der Kleinbauern) und schließlich
- der 11. Parteitag, der vom 2. bis 7. März 1927 in Essen tagte.

Die seit dem Wechsel der Führung von den Ultralinken zu Ernst Thälmann und seinen Mitstreitern rasch anwachsende Anziehungskraft der KPD zeigte sich auch darin, dass die Mitgliederzahl vom 10. zum 11. Parteitag, also vom Juli 1925 bis zum Februar 1927 von 114.000 auf 124.700 angewachsen war. Erst auf dem 10. Parteitag war durch das neue Statut festgelegt worden, dass nicht die Straßen- sondern die Betriebszellen das Fundament der Parteiorganisation zu sein hatten; auf dem 11. Parteitag konnte festgestellt werden, dass die Zahl der Betriebszellen mit 2107 nur noch wenig hinter der Zahl der Straßenzellen - 2.597 - zurückstand.

Bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 wird die KPD von 3,26 Millionen Wählern gewählt, das sind 20 Prozent mehr als bei den letzten Reichstagswahlen 1924. Noch mehr als die KPD gewinnt aber die SPD hinzu; sie erreicht mit über 9 Millionen Stimmen fast 30 Prozent.

Sie hat diese Wahlen gewonnen mit der Losung: Kinderspeisung statt Panzerkreuzer! Am 28. Juni wurde nun die neue Regierung , eine Regierung der Großen Koalition von der SPD bis zur Deutschen Volkspartei, mit Hermann Müller von der SPD als Reichskanzler, gebildet. Kaum zwei Wochen im Amt, beschließt die Hermann-Müller-Regierung den Bau des Panzerkreuzers A!

Die KPD beantwortet diesen ungeheuerlichen Betrug der SPD an ihren Wählern mit dem Aufruf zu einem Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau. Die KPD ist also auf dem Wege der Überwindung der von den Ultralinken verursachten Isolierung von den Massen ein großes Stück vorangekommen. Aber damit sind die innerparteilichen Kämpfe noch bei weitem nicht beendet. Die Rechten in der Partei, die Brandler-Thalheimer- Richtung, die auf dem 9. Parteitag geschlagen und von der Parteiführung entfernt wurden, sahen nach der Vertreibung der Ultralinken aus der Führung die Gelegenheit gekommen, selbst wieder die Führung der Partei zurückzugewinnen. Solange Ernst Thälmann an der Spitze der Partei stand, war daran jedoch nicht zu denken. Außerdem waren die beiden führenden Köpfe der Rechten, August Thalheimer und Heinrich Brandler, seit ihrer Absetzung in der Sowjetunion und vom EKKI dazu verpflichtet worden, nicht ohne dessen Genehmigung und der Zustimmung der Führung der KPD nach Deutschland zurückzukehren. Nach dem 11. Parteitag stellte Thalheimer und auch Brandler den Antrag, nach Deutschland zurückzukehren. Thalheimer wurde das im Mai 1928 erlaubt, um zu seiner schwer erkrankten Frau zu reisen.. (Weber/Bayerlein, Dok.16, S.118). Brandler hatte, um seine Rückkehrerlaubnis zu erzwingen, sogar damit gedroht, „sich in den Schutz der deutschen Botschaft in Moskau zu begeben und einen Skandal zu provozieren“.(Ebda., S.320, Fn.2 zu Dok. 21).

Ihrem Bestreben, sich wieder an die Spitze der Partei zu setzen, kam ein Ereignis gerade recht, das als "Wittorf-Affäre" in die antikommunistischen Geschichtsbücher eingegangen ist. Worum es sich dabei handelte, werde ich hier mit den Worten der Thälmann-Biographie wiedergeben ( Ernst Thälmann. Eine Biographie. Dietz Verlag Berlin 1979, S. 398-400): „Am 17. September 1928 war Ernst Thälmann - (zurück vom VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, K.G.) - wieder zu Hause. ... Zu diesem Zeitpunkt nahmen die Versöhnler - (dazu gehörten Artur Ewert und Gerhart Eisler, der Bruder von Hans Eisler und Ruth Fischer, K.G). nach ihrer politischen Niederlage auf dem VI. Kongress mit prinzipienlosen, fraktionellen Methoden den Kampf um die Parteiführung auf. Als Anlaß diente ihnen der von Thälmann gegenüber Wilhelm Florin erwähnte Korruptionsfall in der Bezirksleitung Wasserkante. Während des Reichtagwahlkampfes hatten Ernst Thälmann und andere Mitglieder der Bezirksleitung festgestellt, dass der damalige Politische Sekretär des Bezirks, Wittorf, Parteigelder unterschlagen hatte. Um in dieser Situation der antikommunistischen Hetze keine billigen Argumente zu liefern, hatten sie es für zweckmäßig befunden, den Ausschluß Wittorfs aus der Partei nicht sofort, sondern zu einem politisch geeigneteren Zeitpunkt zu vollziehen. Da die Lage in der Parteiführung befürchten ließ, dass die Versöhnler diesen Vorgang fraktionell ausnutzen würden, unterrichtete Thälmann das Politbüro nicht offiziell, sondern kündigte nur seinem Stellvertreter in der Parteiführung, Philipp Dengel an, Wittorf werde wegen Korruption ausgeschlossen werden. Die Versöhnler nutzten das aus, um Ernst Thälmann zu bezichtigen, er habe die ‚Wittorf-Affäre‘ vertuschen wollen. Es ging ihnen nicht um eine objektive Beurteilung; sie hatten, wie Thälmann später sagte, nur die Absicht, ‚einen politischen Skandal zu entwickeln.‘ Ihr Versuch, die Angelegenheit in Abwesenheit Ernst Thälmanns zu behandeln, scheiterte zwar am Widerspruch Wilhelm Piecks, Ernst Schnellers und anderer Genossen. Es gelang aber den Versöhnlern, das Zentralkomitee in einer Tagung am 26. und 27. September 1928, als ein Teil der Genossen, die am VI. Weltkongress teilgenommen hatten, noch gar nicht wieder in Berlin war, insofern zu überrumpeln, dass beschlossen wurde, Ernst Thälmanns Funktionen bis zur baldigen Klärung der Angelegenheit vorübergehend ru-

hen zulassen. Weiter wurde festgelegt, dies in einem Kommuniqué der Öffentlichkeit mitzuteilen. Mit diesem tendenziös angelegten Kommuniqué wollten sie Thälmann als Parteivorsitzenden unmöglich machen. Zwar traten einige Mitglieder des ZK dem fraktionellen Manöver entgegen.“

Wer das war, wird in einer Fußnote gesagt: „Am 26. September stimmte Heinz Neumann gegen die Veröffentlichung, und Jean Winterich enthielt sich der Stimme. Am 27. September erklärte Hermann Remmele, der am Vortage nicht anwesend war, dass auch er gegen diesen Beschluß stimme, und auch Wilhelm Florin äußerte ernste Bedenken gegen die Veröffentlichung. Am nächsten Tag distanzierte sich Leo Flieg, der nicht an der Tagung des ZK teilgenommen hatte, von den gefaßten Beschlüssen. Fritz Heckert und Walter Ulbricht verurteilten am 30. September in einem Telegramm aus Moskau den fraktionellen Vorstoß“

Im Text heißt es dann weiter: „Die überwiegende Mehrheit des ZK, die keineswegs die politischen Auffassungen und Absichten der Versöhner billigte, ließ sich jedoch durch deren demagogisches Geschrei über Korruption irreführen und durchschaute zunächst den politischen Zweck nicht.“

Aber die Partei korrigierte die Schwankungen in der Führung. Die Parteiorganisationen reagierten empört auf diesen Vorstoß der Versöhner. Die Bezirksleitungen Erzgebirge-Vogtland, Magdeburg-Anhalt, Mittelrhein, Niederrhein, Oberschlesien, Ostsachsen, Pfalz, Ruhrgebiet, die Wasserkante traten offen gegen die fehlerhafte Entscheidungen auf. Nachdrücklich solidarisierten sich die Roten Frontkämpfer mit ihrem Bundesvorsitzenden. Im Bundesorgan „Die Rote Front“ bekundete der RFB sein Vertrauen zu Ernst Thälmann und appellierte an alle Kameraden, Verleumdungen entgegenzutreten. Unter dem Eindruck dieser Proteste zog bis zum 5. Oktober die Mehrheit der ZK-Mitglieder ihre Zustimmung zu den Beschlüssen vom 26. September zurück. Das EKKI unterstützte entschieden die gesunde Reaktion der überwiegenden Mehrheit der Partei. In ihrem Sinne sprach das Präsidium des EKKI am 6. Oktober 1928 in einer Resolution Ernst Thälmann sein volles Vertrauen aus.

Diese Stellungnahme fand in der KPD breite Zustimmung. Die meisten Parteiorganisationen, fast alle Bezirksleitungen und das ZK des KJVD erklärten, dass ihre Auffassung mit diesem Beschluss übereinstimme. Das Zentralkomitee der KPD zog auf einer Tagung am 19. Oktober die Konsequenzen aus diesen Vorgängen. Die Versöhner wurden aus der operativen Führung der Partei entfernt. Das Sekretariat des Zentralkomitees wurde umgebildet. Statt des bisherigen Politischen Sekretariats und des Sekretariats für die laufende organisatorische Arbeit wurde ein einheitliches Sekretariat geschaffen, dem Ernst Thälmann, Hermann Remmele, Fritz Heckert, Franz Dahlem und Leo Flieg angehörten.“

Soweit die Thälmann-Biographie zur so genannten „Wittorf-Affäre.“ Damit ist das Wesentliche gesagt, und man könnte hier den Schlußpunkt setzen, gäbe es da nicht die altgedienten Berufs-Kommunismus-Spezialisten wie Wolfgang Leonhard und Hermann Weber, und die Wende-Sozialisten, ehemalige namhafte und weniger namhafte DDR-Historikerinnen und Historiker, wie Wilfriede Otto, Klaus Kinner, Roland Sassning und andere, und schließlich einige, die - wie z. B. Andreas Herbst und Annete Leo - noch in der DDR zu Historikern ausgebildet worden sind, sich einen Namen aber erst danach erschrieben haben, indem sie, wie die vorher Genannten, als Zeugen auftreten zur Bestätigung des Unrechtscharakters des DDR-Staates und der SED-Politik und damit - gewollt oder ungewollt - ihren Beitrag leisten zur Erfüllung des bekannten und berüchtigten Kinkel-Auftrags zur Delegitimierung der DDR und darüber hinaus zur Erfüllung des Europarats-Beschlusses zur Bekämpfung des Kommunismus. Ein wesentlicher - und schon seit Karl Marx, August Bebel, Lenin und Stalin praktizier-

ter - Bestandteil des Kreuzzuges gegen den Kommunismus ist die Verleumdung seiner Führungspersönlichkeiten.

In Bezug auf Ernst Thälmann tun sich dabei besonders Hermann Weber und Roland Sassning hervor. Sassning hat sich geradezu auf Ernst Thälmann eingeschossen und leistet seit vielen Jahren all jenen Schützenhilfe, denen die Gedenkstätte in Ziegenhals ein Dorn im Auge ist und die alles getan haben und tun, sie zu liquidieren.

Sassning spielt sich auf als „Legendenzerstörer“. „Die Thälmann-Legende“ so verkündet er in einem Artikelchen „Thälmann ist niemals gefallen“, - für das ihm leider Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker in ihrem „Kleinen Lexikon historischer Schlagwörter“ (S.2545 ff) wie vorher schon in dessen Vorläufer „Schlagwörter und Schlachtrufe aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“ - ein Plätzchen eingeräumt haben, „die Thälmann-Legende“ sei „ein Blendgemisch aus Dichtung, Halbwahrheiten und historischen Analogien“ und habe zugleich gedient „als Feigenblatt, um die Schattenseiten der KPD-Geschichte zu verdecken.“ Vertuscht worden sei „vor allem die Tatsache, dass sich die deformierte Thälmann-Partei von den Wurzeln des Kommunismus und von den Gründern der KPD im Ergebnis von Bolschewisierung und Stalinisierung weit entfernt“ hätten. Und noch bösser verleumdend und verlogen fährt Sassning fort: „Verheimlicht wurden auch die Folgen falscher politischer Orientierungen“ - als ob dieser gewesene Schüler der Parteihochschule der SED niemals etwas vom VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und auch nie etwas vom Referat Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Konferenz der KPD gehört und gelesen habe! Dort allerdings wurde kommunistische Selbstkritik geübt. Sassning aber betreibt antikommunistische Verleumdung, wenn er - ohne auch nur mit einem Wort den Aufruf der KPD an die SPD zum gemeinsamen Generalstreik gegen Hitlers Ernennung zum Reichskanzler - wie einst gegen den Kapp-Putsch - zu erwähnen, auch mit keinem Wort die Ablehnung dieses Angebots durch die SPD-Führung erwähnt, die als Begründung vorgab, Hitler sei legal zur Macht gekommen und die SPD werde nicht den ersten Schritt tun zum Verlassen der Legalität tun; wenn Sassning also ohne all dies zu erwähnen, der KPD die Schuld für die Errichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur zuschiebt, indem er schreibt, es seien die Folgen der falschen politischen Orientierungen der KPD gewesen, „welche letztlich (!)die Errichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur 1933/34 erleichterten.“

Seine neueste Schrift – „Rückblicke auf Ernst Thälmann - Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen“ zeichnet sich durch eine Besonderheit aus: sie bewertet Thälmann zunächst überwiegend positiv und wendet sich sogar gegen „Totaldemontierer“ Thälmanns. Aber dann setzt er einen Wendepunkt vom positiven zum negativen Thälmann und dieser Wendepunkt ist die „Wittorf-Affäre“ Warum? Weil aus ihr Thälmann nur durch Stalin gerettet worden sei und er sich damit „total in dessen Hand befand und das auch begriffen hatte“ (S. 39), und dadurch zum Stalinisierer der KPD geworden sei.

Sassning folgt damit der Darstellung von Hermann Weber, über die gleich zu sprechen sein wird. Sassnings Fazit: „Ergebnis der Stalinisierung der Thälmann-Partei war eine deformierte Partei mit zwei Gesichtern: gewisse Erfolge nach außen - Niedergang im Inneren“. S. 42 f.) Folgende Passage wurde von Sassning wörtlich aus dem Buch von Hermann Weber und Andreas Herbst: „Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch“ übernommen: „So entstand in der KPD dann jener Prototyp des ergebnen Funktionärs, der jederzeit die (oft wechselnde) Linie kritiklos mitmachte, der sich freiwillig unterordnete und wie ein ‚Parteisoldat‘ Disziplin einhielt. Nach außen gegenüber dem Feind, war er kämpferisch und selbstlos einsatzbereit, aber innerhalb der Organisation völlig angepasst, mit seiner Parteidisziplin zeigte er mangelnde Zivilcourage, er war Untertan.“ (S.40)

Nun wieder Originalton Sassning: „Durch die totale Fixierung auf das Kominternzentrum der Weltrevolution in Moskau und die Weltpartei KPdSU(B) war der eigenständige deutsche Parteikommunismus zu Grabe getragen und eine eigene nationalkommunistische Option ausgeschlossen worden. Die Thälmann-Partei hatte sich von den Wurzeln des originären Kommunismus und den Gründern der KPD entfernt.“

Dem läßt Sassning wieder ein Weber/Herbst-Zitat folgen: „Die von Rosa Luxemburg begründete radikal-marxistische Partei entwickelte sich zur stalinistischen Apparatepartei, wurde eine Hilfstruppe der UdSSR Stalins“ (S. 43).

So diffamieren die Weber/Herbst und Sassning die Treue der deutschen Kommunisten zur Verteidigung der Sowjetunion gegen alle ihre imperialistischen Feinde, vor allem aber gegen den Ansturm des deutschen Faschismus!

Abschließend zu diesem Legenden-Zerstörer eine von ihm geschaffene erstaunliche Legende: „ Die KPD ... war ständig von Polizeiaktionen betroffen...Was Verbote von Presseorganen und Behinderungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes angeht, *kam manchmal sogar die NSDAP besser weg*“ (S.36) (Hervorhebung von mir, K.G.)

Sassning bindet uns damit die Legende auf, die NSDAP sei die Partei gewesen, die in der Weimarer Republik am stärksten verfolgt wurde – nur *manchmal* ein bisschen weniger als die KPD. Genug von ihm. Wenden wir uns Hermann Weber zu.

Weber ist - wie schon gezeigt - die Quelle für den „Legendenzerstörer“ Sassning. In Webers und Bayerleins Buch zur „Wittorf-Affäre“ „Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin“, Aufbau-Verlag Berlin 2003, schreibt Weber: „Allerdings war Thälmann beim Wittorf-Skandal 1928 nur durch Stalins Machtwort gerettet worden, wie es im vorliegenden Band dokumentiert wird.“

Eben das wird in dem Band nicht dokumentiert, sondern widerlegt. Bevor Stalin über die Vorgänge informiert war und darauf reagieren konnte, hatten schon - wie oben aus der Thälmann-Biographie zitiert - die deutschen ZK-Mitglieder den Fehler des ZK-Beschlusses vom 26. September 1928 korrigiert. Zur Erinnerung: Das ZK hatte mißbilligt, dass Thälmann, nachdem ihm die Unterschlagung durch Wittorf bekannt geworden war, dies nicht sofort „den leitenden Instanzen der Partei“ mitgeteilt hatte. Thälmann hatte selber beantragt, die Angelegenheit dem EKKI zu überweisen. Das ZK beschloß, bis zu dessen Stellungnahme sollten die Funktionen Thälmanns ruhen; es beschloß ferner, diesen Beschluß am nächsten Tag in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen. (Weber, Dok. 25, S.131 f.)

Auf ein Telegramm von Thälmann aus Hamburg an die in der SU weilenden ZK-Mitglieder Remmele, Ulbricht und Flieg hin, (Weber, Dok.27, S.134), flogen Remmele und Flieg nach Berlin und erschienen am 27. September auf der ZK-Sitzung, mit dem bereits oben aus der Thälmann-Biographie wiedergegebenen Ergebnis.

Hermann Remmele schrieb darüber hinaus am 28. September einen Brief an das ZK der KPD und an das EKKI, in dem er u.a. ausführte: „In der Sitzung des ZK vom 27. September sah ich mich genötigt, die Erklärung abzugeben, dass ich nicht in der Lage bin, mich den Beschlüssen des ZK in der Angelegenheit Thälmann anzuschließen und dass ich insbesondere die Veröffentlichung dieser Beschlüsse für einen schweren, die Partei schädigenden Fehler hal-

te.“(Weber, Dok. 28, S.135) In 7 Punkten begründet er dies ausführlich. (s. Kopie im Anhang).

Walter Ulbricht und Fritz Heckert telegrafierte am 30. 9. 28 aus Moskau ans ZK der KPD: „Nach Bericht Eberlein erklären Einverständnis mit Ausschluß Wittorf. Protestieren aufs schärfste gegen Methode und Resolution des Zentralkomitees vom 26. Sept. Sofort Mitglieder des Zentralkomitees von unserem Protest informieren.“ (Weber, Dok.38, S.153).

Am 30. September übten Walter Ulbricht und Fritz Heckert zusätzlich in einem mehrere Seiten umfassenden Telegramm an die Mitglieder des ZK der KPD eine scharfe, ausführlich begründete Kritik an dem ZK-Beschluß von 26. September. (Weber, Dok.42, S.156-163; s. Anhang). Hier einige Auszüge aus dem Telegramm: (S. 156-163).

„Gegen den Beschluss des Zentralkomitees vom 26. September betr. der Maßnahmen gegen den Genossen Thälmann ...protestieren wir aufs schärfste, weil dieser Beschluss die Interessen der Gesamtpartei und der Komintern aufs schwerste schädigt. In einem solchen Fall, der unmittelbar die Komintern in Mitleidenschaft zieht, (Thälmann war Mitglied des EKKI, K.G.) musste es für Mitglieder der KPD eine Selbstverständlichkeit sein, jeden Schritt sorgfältig zu prüfen und nur im Einvernehmen mit dem Präsidium der Kommunistischen Internationale zu handeln.. Das ist nicht geschehen. Das Präsidium des EKKI hat von dem Beschluss des Zentralkomitees erst aus der „Roten Fahne“ Kenntnis erhalten.... Die in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Resolution hat nur einen Sinn, wenn sie zu weiteren Maßnahmen gegen den Genossen Thälmann führen sollte, d.h. also Funktionsenthebung und Ausschluß aus der Partei. ... Jene Genossen, die diesen Putsch organisiert haben und damit den Block der Versöhnler mit den Rechten herstellten, haben offensichtlich im Fraktionsinteresse mit der Partei gespielt.... Sie unternahmen diese Kampagne selbst auf die Gefahr hin, dass damit die Volksentscheidungskampagne ... zum Scheitern gebracht wird, was auf eine positive Unterstützung der Sozialdemokratie hinausläuft. ...(158)

Wir wiederholen: Die ganze Aktion gegen den Genossen Thälmann ist ein planmäßig angelegtes Manöver, um die auf dem Boden der Kongreßbeschlüsse stehende Mehrheit des ZK zu stürzen und den Weg freizumachen für die Revision der Kongreßbeschlüsse, den Weg freizumachen für eine andere politische Linie.“ (S.162 f)

Die folgenden Aktionen der Rechten und der Versöhnler bestätigten diese Einschätzung voll und ganz. Stalin wurde erstmals über die „Hamburger Ereignisse“ durch ein Telegramm von Pjatnitzki an Stalin und Bucharin, und eines von Molotow an Stalin, beide vom 30. September, informiert. Pjatnitzki gab in seinem Telegramm wieder, was ihm Dengel und Eberlein nach ihrer Ankunft in Moskau berichtet hatten und bat um Stalins und Bucharins Meinung, „welchen Beschluß das EKKI in dieser dummen Sache fassen soll.“ (Weber,Dok.34, S.149.151).

Molotow bezeichnete in seinem Telegramm an Stalin den ZK-Beschluß vom 26. September als eine „ganz gemeine politische Intrige von Gerhart (Eisler, K.G.) - Eberlein - Ewert - ( alle drei gehörten zur Gruppe der Versöhnler, K.G.) - gegen die Interessen der Partei und der Komintern“ und fuhr fort: „Die Mehrheit des ZK hat den Kopf verloren und ist dem Kampf ‚gegen das Versöhnlertum bei Korruption‘ auf den Leim gegangen. All das ist ohne Wissen des EKKI, hinter seinem Rücken, geschehen.“. (Weber, Dok. 36, S.152.).

Stalin selbst äußerte sich zum ersten Mal zu dieser Angelegenheit auf der Rückreise von seinem Urlaubsort am 1. Oktober in einem Telegramm an Molotow.(Weber, Dok 39, S.153 f.)

„Thälmanns Schuld wird dadurch gemildert, dass sein Fehler uneigennützig und von dem Wunsch diktiert war, dem Hamburger Sekretär die Möglichkeit zu geben, sich ohne Skandal zu korrigieren. Da ich nicht alle Materialien kenne, äußere ich nur eine vorläufige Meinung, die sich bei Prüfung aller Tatsachen nach meiner Ankunft in Moskau ändern kann. Erstens, Thälmann hat einen groben Fehler begangen, als er das Vergehen des Hamburger Sekretärs dem ZK vorenthielt, wofür er mit dem bekannten Beschluss des ZK seine Strafe erhalten hat. Zweitens, die Veröffentlichung des Beschlusses, noch dazu ohne Wissen der KI, ist ein feindseliger Akt gegen die Partei und die KI, die nur den Kapitalisten und der Sozialdemokratie nützt. Dieser Akt ist vom hochgradigen Fraktionsgeist Ewerts und Gerharts diktiert, die die Interessen ihrer Fraktion über die Interessen der Partei und der KI gestellt haben. Für ihre Schuld sehe ich keinerlei mildernde Umstände. Ewert und Gerhart müssen aus dem ZK ausgeschlossen werden und aus Deutschland abberufen werden.“

Soweit die Dokumente, die angeblich beweisen, dass Thälmann „nur durch Stalin gerettet wurde.“ In Wahrheit beweisen sie nichts dergleichen, sondern sie zeigen, dass Thälmann sich deshalb an der Spitze der Partei hielt, weil auch die übelsten Fraktionsmächenschaften der Rechten und Versöhner das Vertrauen der Mehrheit des ZK und der Parteimitgliedschaft zu Thälmann nicht zerstören konnten.

Wohl aber geht aus ihnen eindeutig hervor, dass die Wittorf-Affäre ein Himmels Geschenk für die Rechten und die Versöhnergruppe war, die ihnen eine völlig unerwartete Chance gab, für ihre Niederlage Revanche zu nehmen und das Haupthindernis für ein come back an die Führungsposition, Ernst Thälmann, mit dem Korruptionsvorwurf moralisch unmöglich zu machen und politisch aus dem Wege zu räumen. Dass es ihnen keineswegs um den „Fall Wittorf“ ging - den nutzten sie nur für ihren Machtkampf aus -, sondern um die Änderung des politischen Kurses des VI. Weltkongresses, zeigen eindeutig die in Webers Buch abgedruckten Dokumente aus dem Dezember 1928 und dem Januar 1929. Weber-Bayerlein haben also mit der Zusammenstellung und Veröffentlichung der Moskauer Dokumente etwas geleistet, wofür man ihnen sogar dankbar sein muss: sie lieferten die Beweise für die Verlogenheit und Unhaltbarkeit ihrer Attacken gegen Thälmann.

*Geschrieben am 24. November 2006, veröffentlicht in Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. (Hrsg.), Dokumentation 2006: „Gegen Fälschung und Entwürdigung der Person Ernst Thälmanns und der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals, S. 11-16*